



EVP: Nein zur Begrenzungsinitiative! Ja zum Vaterschaftsurlaub!

Die EVP Mitglieder trafen sich am 26. August 2020 in Beringen zur Parolenfassung.

Begrenzungsinitiative

Klar wünschen sich auch die EVP Mitglieder nicht eine Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern!

Doch die Begrenzungsinitiative geht allen zu weit! Wir dürfen nicht vergessen, dass die Schweiz immer von der Einwanderung lebte und es ihr damit auch wirtschaftlich gut ging. Wir haben die Einwanderer aus der EU geholt, um den Fachkräftemangel anzugehen oder vorzubeugen. Bereits mehrmals hat das Schweizer Volk zu den Bilateralen Verträgen ja gesagt!

Bei einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens würden die anderen 6 Verträge gekündigt. Dies hätte insbesondere für die Exportwirtschaft gravierende Folgen. Es gäbe ein absolutes Chaos!

Die Schweizerwirtschaft braucht den direkten Zugang zum EU-Markt. Die EU ist der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Zudem ist die Schweiz zwingend auf die Arbeitskräfte aus dem EU-Raum angewiesen.

Verschiedene Massnahmen zum Schutz Schweizer Arbeitnehmer wurden bereits gefasst: Lohnschutz, Stellenmeldepflicht mit zeitlichem Vorsprung auf EU-Bürger, Weiterbildungen für ältere Personen, Coachings, sowie die existenzsichernde Überbrückungsrente bei ausgesteuerten Arbeitslosen über 60 Jahre. Darum stimmen die EVP-Mitglieder einstimmig gegen die Vorlage!

Nein zur Änderung des Jagdgesetzes

Am neuen Jagdgesetz finden die Mitglieder stossend, dass ein geschütztes Tier vorausschauend abgeschossen werden darf, ohne dass es zuvor einen Schaden angerichtet hat. Dass der Bundesrat neu die Vollmacht bekommt, geschützte Tierarten auf die Liste der regulierbaren Arten zu setzen und somit zum Abschuss freigibt, ist nicht richtig. Andere bedrohte Tierarten, wie Feldhase, Schneehuhn, Waldschnepfe und Birkhahn können weiterhin gejagt werden obwohl diese unter Schutz gestellt gehören.

Mit dem neuen Jagdgesetz wird auch in das Ökosystem eingegriffen. Werden Wolf und Luchs zu früh reguliert, sprich erschossen, können diese nicht dem übermässigen Verbiss des Jungwaldes durch Hirsche und Rehe entgegenwirken. Damit ist der Bergwald gefährdet.

Die Mitglieder finden die Vorlage ein missratenes Gesetz! Mit einer grossen Mehrheit stimmen sie gegen die Vorlage und wollen, dass das Parlament ein ausgewogeneres Gesetz formuliert.

Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbesteuerungskosten)

Die Erhöhung des Kinderdrittbetreuungsabzugs von 10'100 Franken auf neu 25'000 Franken pro Kind bei der direkten Bundessteuer finden die Mitglieder gut, so können Familien finanziell entlastet werden.

Mit der neuen Drittbesteuerungsregelung können Familie und Beruf besser vereinbart werden und es lohnt sich, vermehrt wenn beide Eltern berufstätig sind. Dem schweizerischem Fachkräftemangel kann damit ebenfalls entgegengewirkt werden.

Die Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs bei der Direkten Bundessteuer von 6'500 Franken auf 10'000 Franke finden die Mitglieder ebenfalls gut.

Mit dieser Vorlage kommen ca. 60 % aller Familien in den Genuss der erhöhten Steuerabzüge, die restlichen 40 % der Familien nicht, da diese keine direkten Bundessteuern bezahlen. Dieser Punkt und die zu erwartenden Steuerausfälle waren denn auch die Gründe, weshalb die Vorlage von den Mitgliedern nur knapp befürwortet wurde.

Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub)

Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, dass weder einen Vaterschaftsurlaub noch eine Elternzeit kennt. Dies muss geändert werden!

Der Gegenvorschlag des Bundesrates wird als guter Kompromiss erachtet. Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub sollte heute für alle Väter möglich sein. Besser wäre eine definierte Elternzeit gewesen, bei der jeder selber bestimmen kann, wann diese bezogen wird.

Da Frauen heute bereits kurze Zeit nach einer Geburt nach Hause gehen, macht es durchaus Sinn, wenn es Väter ermöglicht wird, bei der Betreuung ihres Säuglings zu helfen und damit die Mutter entlasten. Es ermöglicht zudem, bei der Geburt eines zweiten Kindes, dass der Vater die Betreuung des ersten Kindes übernehmen kann. Die Finanzierung des Vaterschaftsurlaubs über den EO wird als gut machbar erachtet. Die Mitglieder stimmen mit einer grossen Mehrheit für die Vorlage.

Bundesbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Bis ins Jahr 2030 haben unsere heutigen Kampfflugzeuge altershalber und auch aus sicherheitstechnischen Gründen ausgedient. Ein totaler Ersatz aller Kampfflugzeuge ist deshalb dringend notwendig.

Zur Diskussion Anlass gegeben hat, ob die Schweiz heute überhaupt noch Kampfflugzeuge benötigt und ob der hohe Betrag von 6 Milliarden Franken nicht eher besser in das Gesundheitswesen, in die Prämienverbilligungen, in den Katastrophenschutz oder für den Kampf gegen den Klimawandel eingesetzt werden sollte. Einige Mitglieder sind der Meinung, dass eine Armee Flieger braucht, damit die Schweizerbevölkerung vor Bedrohungen aus der Luft geschützt ist. Ein schwieriger Entscheid!

Generell wird die Vorgehensweise zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge als besser erachtet, als bei der im 2014 gescheiterten «Grippen-Vorlage». Die Mitglieder stimmen mehrheitlich für die Vorlage.

Aktuarin Brigitte Bosshart
Beringen, 06.09.2020